

Rede am Deutschen Historischen Institut zum Tag der Deutschen Einheit

Washington D.C., Montag, den 3. Oktober 2011

Germany has come of Age – Lessons from the Past and Worldwide Responsibilities

Günter Nooke, Berlin

Sehr geehrter Herr Berghoff, Exzellenzen, verehrte Damen und Herren,
herzlichen Dank für die Einladung. Es ist mir eine Ehre, heute hier zu sein.

Als so genannter Bürgerrechtler möchte ich Ihnen nicht nur Geschichten einer erfolgreichen Freiheitsrevolution im Deutschen Herbst 1989 anbieten. Vielmehr will ich vor dem Hintergrund solcher und anderer Erfahrungen in sehr unterschiedlichen Bereichen und Positionen ein paar persönliche Ansichten, nicht die eines offiziellen Regierungsvertreters, zur Diskussion stellen.

Meine Perspektive ist dabei die eines ehemaligen Mitbegründers einer kirchlichen „Oppositionsgruppe“ in der DDR, also aus dem ehemals kommunistischen Teil Deutschlands. Ich hatte in den letzten einundzwanzig Jahren viel mit der Politik der staatlichen und wirtschaftlichen Wiedervereinigung in Deutschland und in den letzten fünf Jahren als Menschenrechts- und Afrikabeauftragter mit internationaler Politik zu tun (wie bereits in der freundlichen Vorstellung erwähnt).

Meine These lautet: Deutschland ist volljährig, weltweit wahlberechtigt und voll zurechnungsfähig, also frei in seinen Entscheidungen und für die Folgen selbst verantwortlich, wie eben erwachsene Menschen.

Das muss verstanden werden und das hat Konsequenzen.

Wir feiern heute den Tag der Deutschen Einheit. Am 3. Oktober 1990 fand die staatliche Vereinigung der alten Bundesrepublik und der DDR statt. Seit diesem Ereignis sind also genau 21 Jahre vergangen. Als ich den Titel meines Vortrages vorschlug, meinte man hier im Washingtoner Institut, es müsste doch besser heißen: Die „Berliner Republik“ wird volljährig. Genau das aber meine ich nicht.

Im Folgenden werde ich versuchen, diese These in drei Überlegungen zu erklären und etwas sympathischer zu machen. Ich beginne etwas ausführlicher mit Beispielen aus der Geschichte und komme dann zweitens zur kurzen Beschreibung der aktuellen Situation, wie sie sich mir darstellt. Unter drittens werde ich andeuten, was das für die deutsche Politik bedeuten könnte.

Erstens: In den Zeiten der deutschen Teilung, von der Gründung der Bundesrepublik und der DDR nach dem zweiten Weltkrieg im Jahr 1949 bis zum Fall der Berliner

Mauer und der Wiedervereinigung 1989/90, war Deutschland, auch die alte Bonner Republik, ein Land mit beschränkter Haftung.

Weltweit bekannt wurde das westdeutsche Wirtschaftswunder der 1950er und 1960er Jahre. Ökonomisch ein Riese, politisch ein Zwerg, hieß es damals. Erst nach einem umstrittenen Grundlagenvertrag mit der DDR 1972 konnten beide deutsche Staaten Mitglied in den Vereinten Nationen werden.

In der Europäischen Union, die als Wirtschaftsgemeinschaft, als Montanunion begann, *wollte* die alte Bundesrepublik politisch keine Rolle spielen. Lieber zahlte man mit der harten Deutschen Mark, als dass man sich in Konflikte hinein begab, bei denen man sich nur die Finger schmutzig machen konnte.

Hans Dietrich Genscher, elf Jahre deutscher Außenminister von 1983 bis 1994, konnte mit einem einzigen Satz deutsche Außenpolitik machen und hatte dennoch fast alle auf seiner Seite: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Und Erich Honecker, nach Walter Ulbricht Partei- und Staatschef von 1972 bis zum Ende der DDR 1989, sagte das Gleiche, auch wenn er es nicht immer so meinte.

Es war die Zeit der Blockkonfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion, zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Weltsystem, wie ich es im Marxismus/Leninismus-Unterricht lernen musste. Die gegenseitige Abschreckungsstrategie drohte damit und musste damit drohen, die vielfachen atomaren Vernichtungspotentiale auch wirklich einzusetzen.

Als Ulbricht vor 50 Jahren am 13. August 1961 mitten durch die Millionenmetropole Berlin eine Mauer bauen ließ, war die Situation ähnlich angespannt wie ein Jahr später bei der Kubakrise. Die Westalliierten, auch die USA, nahmen hin, dass die DDR mit Duldung der Sowjets den Viermächtestatus Berlin nun ganz offiziell außer Kraft setzte und die deutsche Teilung zementierte. Sicher hätten sich damals die Berliner über einen Besuch des amerikanischen Präsidenten Kennedy gefreut. Aber konnten und wollten die Westmächte wirklich mit einem dritten Weltkrieg oder gar Atombomben mitten in Berlin drohen? Deutschland war Spielball und Gefechtsfeld der beiden Großmächte, die sich allein aus ihrer militärischen Stärke heraus definierten.

Es war damals eine andere Zeit.

Noch an ihrem Ende 1989 sagte ein italienischer Staatspräsident offen, dass ihm zwei Deutschlands lieber seien als eins. Die britische Premierministerin zeigte das mehr oder weniger offen bis zum Ende der 2+4-Verhandlungen. Und der französische Staatspräsident besuchte im Dezember 1989 die abtretende SED-Führung und schloss noch für fünf Jahre Handelsverträge mit der DDR ab.

Warum konnten westliche Staatschefs so irren? Waren es nur ihre eigenen Interessen in Europa, die sie ja *richtiger Weise* beeinträchtigt sahen? Oder hatten sie auch ein gestörtes, ja falsches Bild von Stabilität?

Staatsoberhäupter und Politiker denken oft, Stabilität muss von oben *organisiert* werden. Dauerhafte Stabilität muss aber immer von unten *getragen* werden!

Dazu ein Beispiel aus dem Juli 1989. Ein bekannter westdeutscher Intellektueller und ehemaliger Bundesminister der SPD, Erhard Eppler, begann eine Podiumsdiskussion in einer Leipziger Kirche mit dem Satz: „Die Mauer gehört zur Statik des europäischen Hauses.“ Die Metapher vom europäischen Haus hatte Gorbatschow aufgebracht und wurde von den meisten positiv aufgenommen. Eppler versuchte leider den ganzen Abend, seine These zu verteidigen, ganz im Sinne der sozialistischen Propaganda der Gefährdung des Weltfriedens. Am Ende der Diskussion fragte ein junger Mann mit langen Haaren aus der ersten Kirchenbank: „Was machen Sie eigentlich, wenn die Bürger der DDR ganz demokratisch entscheiden würden, dass sie diese Mauer nicht wollen?“

Und so kam es denn auch. Viel schneller als auch wir uns das im Juli 1989 vorstellen konnten.

Was 1989 geschah und folgerichtig zur schnellen Wiedervereinigung Deutschlands führte hatte viele Ursachen:

- Die katastrophale wirtschaftliche Situation im Ostblock, die nach dem Nato-Doppelbeschluss und dem SDI-Beschluss unter Reagan noch offensichtlicher wurde.
- Der antikommunistische polnische Papst Johannes Paul II. auf dem Stuhl Petri, der offen die Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc unterstützte, die schon am 4. Juni 1989 die ersten semifreien Wahlen in Polen eindeutig für sich entschied.
- Gorbatschow, der vor den Vereinten Nationen die Breschnew-Doktrin aufkündigte und vom Neuen Denken, von Glasnost und Perestroika sprach.
- Die ungarischen Kommunisten, die kein Geld und keine Lust hatten, die verrotteten Grenzanlagen an der österreichischen Grenze zu erneuern und schon im Mai 1989 mit dem Abbau der Grenzsperrungen zu Österreich begannen und damit im Sommer 1989 eine große Fluchtbewegung von DDR-Bürgern auslösten.
- Das war so nur möglich, weil die DDR-Bürger Deutsche nach dem Grundgesetz waren, was wiederum das Bundesverfassungsgericht auf eine Klage des Freistaates Bayern gegen den schon erwähnten Grundlagenvertrag feststellte.

Aber das alles hätte nie zum Zusammenbruch der DDR und des ganzen Ostblocks geführt, wenn nicht ein entscheidender Punkt hinzukäme: Die unwiderstehliche Attraktivität der Freiheit. Der Tag der Entscheidung war für uns in der DDR der 9. Oktober 1989; die friedlich verlaufene Montagsdemonstration nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche in Leipzig. Danach war die Angst weg. Und ohne Angst funktioniert keine Diktatur. Diktaturen halten es nicht aus, wenn Menschen frei ihre Meinung äußern.

Die Friedliche Revolution vom Herbst 1989 in Ostdeutschland ist die einzige erfolgreiche Freiheitsrevolution in der deutschen Geschichte. Es war eine Revolution, weil die Machtverhältnisse grundlegend verändert wurden. Und es war, ganz im Sinne Lenins, eine revolutionäre Situation. Wie der arabische Frühling zeigt, passt seine Definition sogar heute noch: Eine revolutionäre Situation besteht, wenn die unten nicht mehr so wollen, wie sie sollen, und die oben nicht mehr so können, wie sie wollen. Ob sich allerdings die Machtverhältnisse z. B. in Ägypten, wo das Militär immer noch die entscheidende Rolle spielt, grundlegend ändern werden, wissen wir noch nicht.

Amerikaner und ihre jeweiligen Präsidenten haben immer gewusst, wie wichtig der weltweite Einsatz für Freiheit und Demokratie ist. Dafür können sich die Deutschen

im Westen wie auch gerade im Osten nur immer wieder bedanken. Ich bin überzeugt, auch in Zukunft wird die Freiheit, die der Rede, der Presse, Versammlungs- und Reisefreiheit, nichts von ihrer Anziehungskraft verlieren. Aber in Zukunft wird mehr Mut dazu gehören, in einer immer unübersichtlicher werdenden Welt, das konsequent zu vertreten.

Zurück zum Bild vom Europäischen Haus damals. Es gab einen *entscheidenden* Unterschied für uns Deutsche in West und Ost. Die einen konnten im demokratischen Staat selbst entscheiden, in welchem Zimmer des europäischen Hauses sie leben möchten. Die anderen waren hinter verschlossenen Türen eingesperrt und kannten die anderen Zimmer nicht aus eigener Anschauung.

Gerade die Diskussionen nach 1968 über die furchtbaren Verbrechen der Deutschen in der Zeit des Nationalsozialismus und den industriellen Massenmord an sechs Millionen europäischen Juden hatten dazu geführt, dass viele davon überzeugt waren: Die deutsche Teilung ist die Strafe für den verlorenen Krieg und vor allem für Auschwitz.

Aber die Ostdeutschen hatten Hitler nicht mehr und nicht weniger gewählt und zugejubelt als die Westdeutschen. Warum aber durften die einen in Freiheit und Wohlstand leben und die anderen eingemauert und in Unfreiheit? Das wollten wir im Osten nicht akzeptieren und das konnte auch nicht richtig sein.

Für viele Oppositionelle, so auch für meine Frau und mich, war ein anderer Gedankengang bestimmend, der ebenfalls mit der Nazidiktatur 1933-1945 und der unzureichenden Aufarbeitung dieser Zeit nach 1945 verbunden ist: Die 68er Bewegung entstand auch, weil Kinder ihre Eltern nach ihrer Rolle im Dritten Reich fragten. Viele der Älteren, die damals involviert waren, gaben darauf keine ehrliche Antwort. Selbst Literaturnobelpreisträger wie Günter Grass, die als moralisches Gewissen und große Intellektuelle galten, verschwiegen ihre eigene Vergangenheit. Die evangelische Kirche veröffentlichte zwei Schuldbekennnisse nach Ende des Krieges, weil sie das menschenverachtende NS-System unterstützt hatte.

Meine Frau und ich stellten uns deshalb vor 1989 die Frage: Was sollen wir unseren Kindern antworten, wenn sie uns einmal nach unserer Verantwortung in der Zeit der SED-Diktatur fragen werden. Wenn man nicht das Land verlassen wollte oder unfähig und unwillig war, zu erkennen, welche Menschenrechtsverbrechen auch in der DDR geschahen, dann gab es nur eine ehrliche Antwort: Wir müssen etwas *gegen* dieses SED-Regime tun. Das ist der Grund, warum ich heute als Bürgerrechtler gelte. Ein Beleg dafür sind die Auseinandersetzungen, die wir mit dem Staat, aber auch mit der Kirche hatten, weil wir eine nicht genehmigte Zeitschrift, ein sogenanntes Samisdat-Blatt, in meiner Lausitzer Heimat, an der polnischen Grenze veröffentlichten.

Als Ostdeutscher weiß ich sehr genau um die ideologische Verzerrung der NS-Geschichte in der DDR oder die Nichtanerkennung des Staates Israel. Ich weiß auch einiges über die Bemühungen der Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit im Westen und über die Aussöhnungsanstrengungen mit Israel schon unter Adenauer.

Deshalb schmerzt es mich umso mehr, wenn heute wieder offen feindlich gegenüber Juden und Israel argumentiert wird, nicht nur bei rechten Parteien, sondern konkret in den letzten Monaten bei der Partei und Bundestagsfraktion Die Linke.

Antisemitismus hat auch eine, leider vielen nicht bekannte, linke Tradition in Deutschland. Diese umbenannte kommunistische und ehemalige SED-Staatspartei beruft sich ausdrücklich auf die deutschen Kommunisten seit 1919 und die sprachten ganz offen von Judenkapital und Finanzjuden. Ein Terroranschlag auf ein jüdisches Gemeindehaus bewusst am 9. November 1969, dem Datum des Jahrestages der so genannten „Reichskristallnacht“. Der Mordanschlag auf die jüdischen Sportler während den Olympischen Spielen in München 1972 wurde von Ulrike Meinhof ausdrücklich begrüßt. Deutsche Linksterroristen „selektierten“ jüdische Passagiere 1976 in der entführten Maschine der Air France in Entebbe, Uganda. Zuletzt, im Mai dieses Jahres, eine öffentliche Palästinenserkonferenz mit zahlreichen geladenen Vertretern der Hamas: Eine Bundestagsabgeordnete der Linken (Inge Höger) redet mit einem Tuch um den Hals, auf dem die Umrisse einer Landkarte des Nahen Osten zu sehen sind, allerdings ohne den Staat Israel.

Verehrte Damen und Herren,

ich weiß nicht, ob sie sich vorstellen können, was für eine Diskussion in Gang gekommen wäre, wenn einer meiner Parteifreunde der CDU eine solche Haltung zeigen würde. Oder wenn die CDU mit einer Partei Koalitionsregierungen bilden würde, in der solche Positionen Raum finden. Die Linke ist in Berlin und Brandenburg (Mecklenburg-Vorpommern?) Koalitionspartner der SPD.

Zu den Erfahrungen aus der deutschen Vereinigungsgeschichte gehört auch: Menschen wollen nicht nur frei und in Würde, sondern auch gut und sicher leben.

Für die mehrheitliche Akzeptanz der Demokratie, nach dem die westlichen Siegermächte sie verordnet hatten, brauchte es in *Westdeutschland* fast zwanzig Jahre. Und das trotz des immensen ökonomischen Aufschwungs, an dem fast alle teilhatten.

Dieses Wirtschaftswunder gab es 1989 in Ostdeutschland nicht, obwohl sich auch hier für fast alle absolut gemessen der Lebensstandard verbesserte. Die neue Freiheit wurde schnell selbstverständlich und brachte in der globalen Wirtschaft der 1990er Jahre für viele Arbeitslosigkeit und Existenzangst, die unter „geordneten diktatorischen Verhältnissen“ in der DDR unbekannt waren. Dennoch plädierte die Ostdeutschen auch nach 1990 zu jeder Zeit mehrheitlich für Demokratie. Aber Demokratie als Gesellschaftsform ist weniger verlockend, wenn damit Unübersichtlichkeit und vielleicht sogar Chaos wie in Russland in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre verbunden sind.

Der letzte Punkt aus der Reihe der geschichtlichen Lern-Erfahrungen, den ich anführen möchte, bezieht sich auf das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen. Die Friedliche Revolution von 1989 war nicht nur eine freiheitliche und eine demokratische, sondern auch eine nationale. Übrigens nicht nur in Deutschland sondern überall in Ost und Mittelost-Europa.

Gesellschaften funktionieren weniger als Verfassungsstaat, sondern eher als Kulturraum. Das freiwillige Zusammenleben-Wollen und Zusammenleben-Können der Menschen hat sehr viel zu tun mit gemeinsamer Geschichte, mit Traditionen, Bräuchen und Sitten, mit gemeinsamer Sprache, ethnischer Zugehörigkeit und Religion als einem prägenden Faktor von Kultur.

Die Ostdeutschen kämpften nicht nur für Demokratie: Wir sind *das* Volk! Sondern auch für die Vereinigung mit dem Westen: Wir sind *ein* Volk!

Bald aber, schon zu Beginn der 1990er Jahre, wurde darüber diskutiert, wie fremd man sich in den 40 Jahren des Lebens in zwei getrennten Staaten geworden war, trotz gemeinsamer Sprache und Jahrhunderten gemeinsamer Geschichte. Paradoxerweise verspürten die meisten Ostdeutschen erst nach der Vereinigung so etwas wie eine DDR-Identität.

Zuvor in der DDR gab es wenig, worauf sie stolz sein konnten. Gedopte Rennrodlerinnen und Schwimmerinnen wirkten nicht anziehend/attraktiv, schon eher das „schönste Gesicht des Sozialismus“, die Eiskunstläuferin Kati Witt. Aber so richtig klappte die Anerkennung der DDR über den Sport nur in den Entwicklungsländern. Zu Hause in der DDR hielten beim Fußball weit mehr zu Beckenbauer und Co aus der Bundesliga als zu Sparwasser im Osten.

Das reale Leben der Menschen in der DDR wurde wesentlich durch die allabendlichen Fernsehbilder der westdeutschen Fernsehprogramme/ARD und ZDF beeinflusst, die fast alle DDR-Bürger empfangen und auf Grund der gleichen Sprache auch verstehen konnten. Der SED-Staat DDR war zu keiner Zeit für eine Mehrheit der Bürger attraktiv oder ein Staat, mit dem man sich identifizieren wollte.

Dessen waren sich auch die Strategen der Sozialistischen Einheitspartei bewusst. Anders als westliche Demokraten wussten und wissen Diktatoren immer sehr genau, wie wichtig es ist, sein Volk zusammenzuhalten. Kultur und Tradition spielen dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle.

1983 wurde groß und international das Lutherjahr begangen. Schließlich war der Kirchenreformer Martin Luther in Eisleben geboren und seine 95 Thesen hingen 1517 in Wittenberg, einer Stadt im Ostteil Deutschlands. Das ließ man sich nicht entgehen. Obwohl man doch Religion für unwissenschaftlich hielt und ablehnte.

Preußen und die Geschichte Potsdams wurden ideologisch mit Militarismus verbunden und verächtlich gemacht. Dennoch durfte Friedrich der Große wieder unter den Linden reiten. Ende der 1980er Jahre versuchte man in der DDR sogar, den Gründer des Deutschen Reiches von 1871 und ersten Reichskanzler, Otto von Bismarck, ins sozialistische Geschichtsbild zu integrieren.

Man kann darin positive Entwicklungen sehen, aber man darf ihre ideologische Ausrichtung und die Instrumentalisierung solcher Maßnahmen der Partei dabei nicht vergessen.

Als der DDR-Kosmonaut Sigmund Jähn mit den Sowjets 1978 in den Weltraum flog, titelte die Parteizeitung „Neues Deutschland“ nicht etwa „Erster *DDR-Bürger* im All“, sondern in dort nie wieder gesehenen großen Buchstaben „Erster *Deutscher* im All“.

Die Kommunisten wussten entgegen ihrer eigenen Propaganda, wie wichtig es sein konnte, an den Stolz der eigenen Bürger zu appellieren, wenn man wirklich mal der erste Deutsche war.

In westdeutschen Nachrichten hieß es dagegen: Die ersten drei Medaillen im Rennrodeln gingen an die Sportlerinnen aus der DDR, die erste Deutsche belegte Rang sechs. Die Bürgerinnen und Bürger der DDR waren nicht formal, aber im Bewusstsein der meisten Westdeutschen lange vor 1989 ausgebürgert worden.

Sie, die Westdeutschen wollten sich bei fortschreitender Individualisierung lieber als Europäer, denn als Deutsche fühlen. Deutschland war mit den 68ern für sie quasi-identisch mit der bösen Vergangenheit des Dritten Reiches und der Nazi-Terrorherrschaft. Davon konnte man sich nur distanzieren; darauf wollte keiner etwas aufbauen.

Umso unverständlicher und abfälliger schaute man auf die Ostdeutschen, die plötzlich mit schwarz-rot-goldenen Autoaufklebern ihre Heimkehr nach Deutschland feierten, das es doch in den Augen der alten Bundesbürger gar nicht mehr gab. Das hat sich allerdings mit dem schwarz-rot-goldenen Fahnenmeer während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland geändert: Ein wesentlicher Schritt hin zu nationaler Normalität.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl als Deutsche war also bei den DDR-Bürgern sehr viel weiter verbreitet als bei den Bundesbürgern. Und das *trotz* oder vielleicht sogar *wegen* der genau entgegengesetzten Verfassungslage und Propaganda.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich breche hier den ersten Teil ab und will im zweiten stärker auf die aktuelle Situation eingehen.

Wenn die Kindheit vorbei ist, wird vieles leichter für diejenigen, mit denen man zu tun hat. Und vieles schwerer für einen selber.

Deutschland befindet sich heute in einer Welt, wo es nicht mehr um schwarz-rot-goldene Fähnchen und ost- und westdeutsche Befindlichkeiten geht!

Auch heute ist Deutschland immer noch eine starke Industrie- und Exportnation. Wir sind besser und stärker als andere aus der letzten Krise 2008 herausgekommen. Aber in der aktuellen Situation einer sich ständig verändernden Welt fragen uns viele, voran Europäer, Amerikaner und Russen, nach der *politischen* Rolle und Verantwortung, die Deutschland wahrzunehmen bereit ist.

Unsere erste Aufgabe in Deutschland besteht darin, das zu erkennen, anzuerkennen und die Herausforderung anzunehmen.

Die Diskussionen in Deutschland sind – wie ausgeführt - vielfach bestimmt durch die Menschheitsverbrechen von 1933 bis 1945 während der NS-Terrorherrschaft. Das positive Deutschlandbild *im Ausland* steht in diametralem Gegensatz zu diesem Negativbild *in Deutschland*.

Deutschland belegte im März dieses Jahres zum vierten Mal in Folge in der Umfrage der BBC(!) Platz 1 als beliebtestes Land.¹ In allen Ländern der Erde wäre man in Jubel ausgebrochen und stolz über soviel Freundlichkeit anderer mit einem selber. In Deutschland hingegen lässt die Umfrage viele Intellektuelle, Wissenschaftler und Journalisten verstört zurück. Man berichtete und diskutierte kaum darüber. Wie 1990, wo wir nicht nur die Einheit gewannen, sondern auch die Fußball-WM, gilt noch immer: Nur jede Art von nationalem Überschwang vermeiden.

Vor allem in der veröffentlichten Meinung trauen sich die Deutschen selbst weniger Positives zu als andere uns.

Doch auch hier vollziehen sich Veränderungen. Einerseits werden die Deutschen, gerade auch die Jüngeren, selbstbewusster. Andererseits bedeutet jede Art von Mitmachen oder Nicht-Mitmachen bei internationalen Konflikten, dass man sich auch Gegner macht, anders als früher mit der simplen Friedensrhetorik.

Vielleicht schwingt deshalb auch etwas Unbehagen mit, ob der Deutschland zugeschriebenen, großen Verantwortung. Denn die jährliche Frage der BBC-Forscher lautet: "Hat das folgende Land einen insgesamt positiven oder negativen Einfluss in der Welt?"

Ich möchte mich hier nicht mit der Frage aufhalten, ob das Umfrageergebnis gerechtfertigt ist oder nicht. Es geht ja nicht um den *realen* Einfluss, sondern um den *vermuteten*, also um das Image Deutschlands in der Welt. Doch in einer PR-getriebenen Welt ist „Image“ nicht wenig. Hinzu kommt: Deutschland ist ein reiches Land, wirtschaftlich stark, nicht zu klein und nicht zu groß, mit vielen großen Genies in der Geschichte, worüber sich ein Brite nicht ein Deutscher zu schreiben wagte (Watson: Der deutsche Genius)²

Mir war zwar immer klar, wie anders Deutschland im Ausland gesehen wird, aber erst als Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung erlebte ich das auch persönlich. Die offizielle Strategie deutscher Außenpolitik, die Erwartungen an Deutschland immer nur zu dämpfen und auf Grund unserer eigenen Geschichte zu relativieren, trägt nur begrenzt. Viele glauben uns einfach nicht, dass wir keinen Einfluss haben wollen oder als ein wichtiges Land nicht mehr machen können. Die

¹ http://www.auswaertiges-amt.de/sid_3A79D14FEB70FC92D689E00AE5D90093/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2011/1103_10_BBC_Country_Rating_Poll.html?nn=567734, Pressemitteilung des AA vom 10.03.2011: Die "BBC Country Rating Poll" wird seit 2005 jährlich von der BBC durchgeführt. Seit 2008 ist Deutschland in die Umfrage einbezogen worden. Auf die Frage: "Hat das folgende Land einen insgesamt positiven oder negativen Einfluss in der Welt?" antworteten 2011 62% der Befragten in 27 Ländern in Bezug auf Deutschland positiv, 15% erklärten sich negativ. Die höchsten Werte wurden in Italien (89%), Frankreich (84%) und Südkorea (82%) gemessen. Am unteren Ende steht die Zustimmung in Pakistan (32%) und Indien (37%), wiewohl sich auch in diesen Staaten die Zustimmungsraten im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht haben. Insgesamt äußerten sich in allen befragten Staaten jeweils mehr Befragte positiv als negativ über den Einfluss Deutschlands in der Welt.

² Peter Watson: Der deutsche Genius, Eine Geistes- und Kulturgeschichte von Bach bis Benedikt XVI, Gütersloh 2010.

meisten anderen verstehen auch nicht, wenn wir dafür die eigenen innerdeutschen und teilweise kleinkarierten Debatten anführen.

Und es ist stimmt ja auch: Aus der Geschichte kann nicht durch einfache lineare Extrapolation in die Zukunft festgelegt werden, was ein Land tun darf oder muss und was nicht. Selbst die schrecklichen Verbrechen der Deutschen, für die wir als Deutsche immer die Verantwortung tragen werden, negieren nicht unsere Entscheidungsfreiheit. Sie reichen nicht länger als Begründung aus, uns aus allem herauszuhalten. Freiheit und Verantwortung gehören zusammen. Ohne Entscheidungsfreiheit ist auch keine selbstbewusste Übernahme von Verantwortung möglich. Das gilt insbesondere ab dem Zeitpunkt der Volljährigkeit!

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir halten fest: Deutschland darf Ja oder Nein sagen, vielleicht sogar sich enthalten.

Aber wir müssen besser erklären, warum wir uns so oder so verhalten.

Die Entscheidungsmuster der alten Bundesrepublik - wie Deutsche Geschichte und Deutsche Teilung, Transatlantisches Bündnis, Nato, Einbindung in Europa, Existenzrecht des Staates Israels und nicht zuletzt das Entstehen für universal geltende Menschenrechte - haben sich alle *nicht* erübrigt.

Ich bin sicher, auch heute, zehn Jahre nach 9/11 und solchen wahnsinnigen Terroranschlägen, würde eine deutsche Kanzlerin von „uneingeschränkter Solidarität“ mit den Vereinigten Staaten sprechen.

Die alten Entscheidungsmuster bleiben m. E. sogar bestimmend. Sie zu beachten ist *notwendig*, aber *nicht hinreichend*.

Wer nur mitmacht, trägt die Verantwortung für das Mitmachen. Wer mitentscheidet trägt auch inhaltlich die volle Verantwortung und die Folgen, für alles, was gut geht oder auch katastrophal enden kann.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die aktuellen Themen, um die es geht, sind bestens bekannt:

Was wird aus Europa und wie kann der Euro angesichts immenser Staatsschulden in der Eurozone gerettet werden?

Wo und wie beteiligt sich Deutschland an Militäreinsätzen? Im Nato-Verbund und nur mit UN-Mandat (Beispiel Afghanistan) oder auch ohne Mandat (Beispiel Serbien)?

Zählt nur die gute Absicht oder der Sieg, auch wenn er durch Überschreiten des Mandats möglich wurde (Beispiel Libyen)?

Sollte Deutschland mit seiner besonderen Geschichte eine Rolle im Nahostkonflikt spielen und welche?

Was wird aus Irak, Afghanistan, Iran?

Wie viel Geld muss Deutschland trotz eigener Budgetkürzungen für Dürrekatastrophen wie am Horn von Afrika zahlen, obwohl nur ein Teil der Hilfe ankommt und im Vorfeld viel versäumt wurde.

Wie sehr engagiert sich Deutschland bei der internationalen Bekämpfung von Piraterie, Drogen- und Menschenhandel?

Wie viel und welche Waffen darf Deutschland welchen Ländern liefern, damit sie selbst Verantwortung übernehmen können (z. B. in Afrika)?

Mein Eindruck ist: Deutschland kommt nicht umhin, sich diesen Debatten vielmehr auch inhaltlich zu stellen. Die Argumente dafür und dagegen müssen in Deutschland und mit unseren Partner, auch an unseren Historischen Auslandsinstituten viel differenzierter abgewogen werden. Und zwar nicht nur vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte, sondern auch auf Grund der eigenen Wertvorstellungen und der eigenen Interessen.

Wir haben das in Deutschland in der Vergangenheit vermieden und sind erst jetzt dabei, das zu lernen. Der Verweis auf Tabus auf Grund der Geschichte, wegen fehlender staatlicher Souveränität in Zeiten der Teilung oder wegen innerdeutscher Probleme beim Zusammenwachsen von Ost und West nach der Wiedervereinigung – das alles trägt heute nicht mehr.

Wir sind formal erwachsen und sollten uns auch so benehmen. Andere sollten das verstehen.

Die schwierigste Aufgabe besteht m. E. aber darin, das den Deutschen selbst zu erklären und die eigene Bevölkerung mitzunehmen. Und wenn die Politik erwachsen geworden ist, heißt das noch nicht, dass sie aufgeklärt und ehrlich mit der Bevölkerung kommuniziert oder kommunizieren will. Das ist in Deutschland nicht anders als in den USA, insbesondere in den Zeiten vor Wahlen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch wenn die aktuelle Berichterstattung über Deutschland vielleicht anderes suggeriert: Wir sind auf dem skizzierten Weg des Erwachsenwerdens schon ein gutes Stück vorangekommen. Trotzdem ist für viele noch kein klares Ziel zu erkennen. Meines Erachtens ist das aber gar nicht so schwierig.

Sehr verehrte Damen und Herren,

damit komme ich zum dritten Teil des Vortrags. Ich will skizzieren, in welche Richtung sich Deutschland weiter bewegen sollte, um den großen Herausforderungen angemessen, geschichtsbewusst und offen-pragmatisch zu begegnen. Es geht um den Versuch, weltweiter Verantwortung gerecht zu werden; wohl wissend, welche Überforderung darin liegt und wie selten das zufriedenstellend gelingt.

Unsere geschichtlichen Lern-Erfahrungen bilden einen guten Kompass für diese Herausforderung und gehen über einfache Bündnissolidarität und Friedenspflicht hinaus.

Ich fasse mich einmal etwas verallgemeinernd zusammen:

1. Terrorherrschaft, schrecklichste Menschheitsverbrechen und Diktatur können überwunden werden, mit Hilfe von außen und indem man sich selbst der eigenen Verantwortung uneingeschränkt stellt. Fleiß und Aufbauwillen waren von nicht geringer Bedeutung.

2. Dauerhafte Stabilität wächst nur von unten. Die Menschen müssen ihre Regierungen tragen, statt dass Regierungen ihre Bevölkerung drangsaliieren. Veränderungen brauchen oft quälend lange - und kommen dann doch plötzlich und unerwartet.
3. Es gibt keine wirkliche Rechtfertigung der Verletzung elementarer Menschenrechte im Sinne eines höheren Zwecks. Nicht nur am Weg rechter Rassismuseideologien sondern auch an dem linker Klassenideologien liegen Leichenberge.
4. Menschen sind an Freiheit interessiert und vor allem an gutem und sicherem Leben. Wenn Demokratie soziale Sicherheit nicht gewährleistet, sondern gefährdet, können auch andere Formen des Zusammenlebens attraktiv erscheinen.
5. Es gibt Menschengruppen, die sich zusammengehörig fühlen, und andere, wo das weniger der Fall ist, selbst in Europa.
6. Kultur, geprägt durch gemeinsame Geschichte, Sitten und Gebräuche, Religion, ethnische Zugehörigkeit und Sprache, spielt immer eine wesentliche Rolle.
7. Normen und Verfassungen sind abgeleitete „Größen“ und haben mit dem direkten Leben der Menschen oft wenig zu tun. Sie sind aber essentiell für die Organisation des Übergangs zur Demokratie; oft eröffnen oder verschließen sie entscheidende Optionen.

Aus diesen Sätzen ergeben sich ganz praktische Überlegungen.

Dazu drei Beispiele:

Krieg ist immer die Negierung universal geltender Menschenrechte. Es ist deshalb immer eine Überlegung *mehr* wert, ob Deutschland dabei mitmacht. Ein französischer Präsident mag als Kriegsherr reüssieren, eine amerikanische Regierung darf über Nacht ihre Meinung ändern. Aber ein erwachsenes Deutschland muss eine eigene Begründung finden, mitzumachen oder nicht. Universal geltende Menschenrechte und die Ablehnung ziviler Kriegsoffer oder die schlechte, unzureichende Libyenresolution Nr. 1973 im UN-Sicherheitsrat wären solch eine Begründung, innenpolitische Rücksichtnahmen vor Landtagswahlen wären es nicht.

Ein Großteil der deutschen Presse hat im konkreten Fall Libyen die militärische Intervention nicht in Frage gestellt. Sie wurde als notwendig zur Verhinderung eines noch größeren Übels erachtet. Und das konnte eine genauso ernsthafte Abwägung sein. Wir sind heute froh, dass es gut gegangen zu sein scheint.

Ich teile die Meinung der Kanzlerin: Deutschland hätte sich am Einsatz beteiligen müssen, wenn wir zugestimmt hätten. Dann aber hätten wir in Deutschland eine völlig andere Presselage gehabt. Die Mandatsüberschreitungen wären breit diskutiert und vermutlich abgelehnt worden. Ein versuchter Tyrannenmord war von der Resolution zum Schutz der Zivilbevölkerung nicht gedeckt.

Solche Resolutionen wird es auch in Zukunft mit Russland und China nicht geben. Sind wir deshalb gefangen in den Mehrheiten und Vetos im Sicherheitsrat? Gibt es ein Recht um der guten Sache oder des „Sieges“ willen, sich über UN-Mandate hinwegzusetzen? Wie viele zivile Opfer es nach dem UN-Beschluss am 17. März in Libyen wirklich gab, wissen wir immer noch nicht.

Die Europäer setzen sich weltweit für die Abschaffung der Todesstrafe ein, nicht nur in China, auch in den USA. Wie können wir zivilen Opfern europäischer Kampfeinsätze glaubhaft erklären, warum sie uns weniger wichtig sind als rechtmäßig verurteilte Schwerverbrecher und Mörder?

Darüber hätte der Streit gelohnt. Diese inhaltlichen Debatten müssen wir zu führen lernen: sachgerecht, differenziert und ohne Tabus. Stattdessen haben fast alle Medien ausschließlich den Alleingang Deutschlands kritisiert.

Wenn andere nicht mitmachen, wird es anstrengender, erwachsen zu werden. Insbesondere wenn die Kommunikation zwischen Politik und Bevölkerung durch zuviel Ideologie und Unwissenheit auch unter den normalen Journalisten und üblichen Talkshow-Gästen zusätzlich gestört wird.

Oder nehmen wir das Beispiel des Arabischen Frühlings. Natürlich muss ein Land wie Deutschland immer auch mit Diktatoren reden und verhandeln. Aber es wäre besser, wenn wir diesen Diktatoren immer wieder klar machten: Sollten Menschen für Freiheit und Demokratie friedlich demonstrieren und ein Ende diktatorischer Regimes fordern, dann werden wir sie und nicht Euch unterstützen.

Das mag kurzfristig *gegen* unsere Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen gerichtet sein, aber mittel- und langfristig konvergieren deutsche Interessen und Werte. Ja, deutsche Interessenpolitik will, dass die Inseln von Freiheit und Wohlstand größer werden, auch damit sich der deutschen Wirtschaft neue und rechtsstaatlich sichere Exportmärkte erschließen. Statt Panzer nach Saudi Arabien zu exportieren, sollte auch dort der arabische Frühlingswind durchziehen.

Angela Merkel als große, in Europa oft kritisierte Israelunterstützerin erteilt dem israelischen Staatschef Netanjahu ob der berechtigten Sorge um die Sicherheit des Staates Israel eine Absage, als er forderte: Deutschland solle den ägyptischen Präsidenten Mubarak stützen statt stürzen. Ihre eigene DDR-Erfahrung vor Augen fühlte sie sich einer wertegebundenen Außenpolitik *noch mehr* verpflichtet als der Abwendung eventuell zusätzlicher Sicherheitsprobleme für Israel.

Und sie weiß auch: Es ist leichter, sich für *friedliche* Demonstranten auf dem Tahrir-Platz in Kairo einzusetzen, als für *bewaffnete* libysche Rebellen, von denen einige noch bis vor kurzem in hohen Funktionen das Gaddafi-Regime stützten. Anders als auf dem Ellysee durfte der in Berlin sein Zelt nicht aufschlagen.

Als Drittes das Beispiel Europa: Natürlich gab es einen Geburtsfehler des Euro. Die Deutschen wollten 1990 nach der Wiedervereinigung keine politische Union Europas. Die gemeinsame Währung war dennoch ein politisches Projekt. Die Einen dachten an die Exportwirtschaft, die Anderen an die Einbindung Deutschlands als größtem und stärkstem Land der EU.

Was kann eine deutsche Bundesregierung heute tun? Europa und die gemeinsame Währung wieder aufzugeben, wäre ein großer Schritt zurück und nicht ohne Kosten für Deutschland. Die Ablehnung einer „Transferunion“ in der deutschen Bevölkerung ist verständlich, weil sie suggeriert: Deutschland zahlt für die anderen. Und in der Tat gab es in den letzten fünfzehn Jahren enorme Steigerungen der Realeinkommen in Irland und Griechenland und fast keine in Deutschland.

Aber ohne die Unterstützung der demokratischen Mehrheit ist auch Deutschland nicht dauerhaft stabil. Eine ehrlichere Argumentation könnte versuchen deutlich zu machen, welche Vorteile Deutschland hat, *wenn* es zahlt. Und: Wer zahlt schafft an. Doch überall auf der Welt, versteht man diesen Satz besser als in Deutschland, wo man ihn gern auf Grund der Geschichte missverstehen *will*.

Ich hörte von amerikanischen Kollegen in den letzten Monaten öfter, Deutschland müsse in Europa Führungsverantwortung übernehmen. Doch gleichzeitig warnen die Zeitungen der Ostküste vor einem „deutschen Europa“ und schüren neue Ressentiments gegen die Deutschen (Schon Thomas Mann plädierte für ein „europäisches Deutschland“ und gegen ein „deutsches Europa“.).

Der Widerspruch ist nicht einfach auflösbar, aber vielleicht doch.

Grundsätzlich ist es gut, wenn andere, vor allem unsere Freunde, die uns kennen und verstehen *wollen*, uns beobachten und kritisieren, wo wir falsch liegen.

Ich halte die Gefahr für äußerst gering, Deutschland könnte wieder Eroberungskriege und Rassismus gutheißen. Aber wie das Beispiel der Partei Die Linke zeigt, sollte, wenn es um Israelfeindlichkeit und Antisemitismus geht, nicht nur nach rechts geschaut werden. Und im Übrigen müssen wir auch solche Debatten führen und nicht abwürgen.

Allerdings scheint mir der Hinweis aus Amerika, Deutschland sollte weniger Exportieren, oder der Hinweis aus Frankreich, wir sollten langsamer arbeiten, wenig zielführend. Hat nicht auch mal ein amerikanischer Präsident gesagt: Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, wenn Ihr die Starken schwächt?

Deutschland ist vielmehr gefordert, auch seine ökonomische Stärke als eine der wenigen Industrienationen in Europa zu erhalten und positiv zu nutzen, so das keiner in der EU davor Angst haben muss.

Sehr verehrte Damen und Herren,

um das zu erklären benutze ich gern ein Bild des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan.³ Danach ruhen die Vereinten Nationen und der Frieden in der Welt auf drei Säulen: Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte. Wichtig ist für mich an dem Bild: Jedes der drei Beine ist unverzichtbar, damit der Tisch trägt. Und es ist begrifflich und inhaltlich von Bedeutung, diese drei Themenbereiche getrennt zu behandeln. Wobei man für Entwicklung auch Wirtschaft oder Wirtschaftsentwicklung sagen kann, nicht gemeint ist Entwicklungshilfe.

Vor dem Hintergrund „westlicher“ Geschichte könnte man auch formulieren: Menschliche Entwicklung (Freiheit von Not und Armut) und menschliche Sicherheit (Freiheit von Angst und Gewalt) sind dauerhaft nur mit der weltweiten Verwirklichung von Menschenrechten möglich.

³ Kofi Annan: “Accordingly, we will not enjoy development without security, we will not enjoy security without development, and we will not enjoy either without respect for human rights.” Report: In larger Freedom, Towards Development, Security and Human Rights for All, 2005, Para 17.

Formal wird diese Auffassung von der Bedeutung der Menschenrechte von allen Mitgliedern der Vereinten Nationen geteilt. Inhaltlich und in der Praxis leider nicht.

Ich bin wirklich überzeugt: Es lohnt sich für den Schutz universal geltender Menschenrechte einzusetzen. Aber dabei sind *elementare* Menschenrechte gemeint. Nur was bei aller kulturellen Vielfalt wirklich für alle Menschen überall auf der Welt gelten soll und kann, darf m. E. im engeren Sinne ein *Menschenrecht* genannt werden. Sonst nämlich gäbe es ein solches unveräußerliches, allen von Geburt an zustehendes Recht überhaupt nicht. Menschenrechte gelten universal oder sie sind nicht. (Udo Di Fabio)

Es ist dieses sehr reduzierte, aber dafür umso ernster gemeinte Verständnis von Menschenrechten, die diese dritte Säule im Bild von Kofi Annan stark macht. Denn wenn es nicht um das würdige, sondern schon um das gute und schöne Leben geht, dann gehört das eher zur Wirtschaftssäule. Wer gut leben will, sollte hart dafür arbeiten und nicht auf Paragraphen verweisen. Leider hat die westliche, vor allem europäische Politik, hier einen völlig falschen Weg eingeschlagen. Wir sprechen im üblichen UN-Jargon inzwischen bei der Entwicklungszusammenarbeit von der „human rights based approach“ und suggerieren damit: Wir, die westlichen Geberstaaten, seien für die Verwirklichung der viel zu langen Kataloge angeblicher Menschenrechte in den UN-Konventionen, incl. des bezahlten Urlaubs und der gewerkschaftlichen Mittagspause verantwortlich.

Ein Blick auf die Welt, wie sie ist und wie sie sich in den nächsten zwanzig Jahren wohl entwickeln wird, lässt eine neue Unübersichtlichkeit erwarten, einige sprechen von einem neuen Mittelalter. Nicht nur Staaten und ihre Regierungen treten als politische Akteure auf, sondern auch globale Unternehmen und Banken, NGOs, Einzelpersonen oder Rebellengruppen und Terroristenführer.

Trotzdem glaube ich das Bild mit den drei Säulen bleibt hilfreich. Die Säule der Sicherheit, für die ein starkes Militär notwendig ist, wird weiter von den Vereinigten Staaten bestimmt werden. Die Säule der wirtschaftlichen Entwicklung wird immer stärker durch China dominiert, das schon heute die größte Exportnation ist und bald auch die größte Volkswirtschaft sein wird.

Ich will hier nicht mehr ausführen, was das genauer bedeutet. Muss man sich bei der Sicherheit immer an Punkt und Komma des Völkerrechts halten (siehe Aktion der USA gegen Osama Bin Laden in Pakistan)? Oder können wir sicher sein, China wird immer gemäß der WTO-Regeln agieren (siehe Urheberrecht)?

M. E. geht es dabei immer um Politik. Und wer die Macht hat, kann sie auch entgegen der Paragraphen und hoffentlich für etwas Gutes nutzen. Doch das sollte nie die Regel werden. Einerseits ist Rechtsstaatlichkeit essentiell, auch in den internationalen Beziehungen. Andererseits kann auch Legalismus zu einer Ideologie werden. In der deutschen Europadebatte ist gerade zu beobachten, wie die Opposition und viele in der EU die Bundesregierung dauernd auffordern, sich *nicht* an den Lissabonvertrag zu halten.

Im Bild mit den drei Säulen blieb eine Frage offen: Wer kümmert sich um die Stabilität der Menschenrechtssäule?

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn Sie in der Welt danach suchen, fällt Ihnen nach meiner Einschätzung kein anderer auf als das alte Europa. Europäische Interessenpolitik sollte zuerst und substantiell immer Menschenrechtspolitik sein. Die eigene Geschichte spielt dabei genauso eine Rolle wie das Interesse, ein ehrlicher und verlässlicher Partner, Makler und Anwalt zu sein. Wer es ernst meint mit dem friedlichen und menschenwürdigen Zusammenleben überall auf der Welt, sollte Europa an seiner Seite wissen.

Was wäre, wenn Deutschland sich diese Vision Europas zu Eigen machte?

Wir müssten nicht alle anderen 26 EU-Staaten davon überzeugen. Wahrscheinlich, würde schon jetzt eine Mehrheit das genauso sehen. Es müsste sich nur einer an die Spitze stellen und es auch wirklich durchsetzen *wollen!* Der müsste sich von anderen kritisieren lassen und auch den Mut haben, andere zu kritisieren und ehrliche Debatten dazu in Europa herausfordern. Und er müsste bereit sein, dafür zu bezahlen, damit alle sehen, wie ernst es ihm ist.

Warum sollten die Deutschen diese Rolle in Europa nicht annehmen? Wäre ein Europa unter einer solchen deutschen Führung wirklich etwas Beängstigendes?

Natürlich ist das eine Vision. Aber manchmal machen wir genau das schon.

Vielleicht wäre diese Vision innerhalb Deutschlands mehr umstritten als außerhalb, *wenn* wir explizit darüber redeten. Denken Sie nur an die BBC-Umfrage. Aber Europa, alle Mitgliedstaaten der EU einschließlich der Bundesrepublik, könnten ihren Einfluss auf angenehme Weise ausbauen und neue Partner im Sicherheitsbereich, bei den Exportmärkten und der Rohstoffsicherung gewinnen.

Freilich sollte allen bewusst sein, wie schön idealistisch und gleichzeitig undankbar diese Rolle sein kann. Und die Deutschen und die Europäer dürften nicht verächtlich auf die USA oder China schauen, wenn sie die Dinge auf eine Art regeln, worauf sich die Europäer *nie* einigen könnten, und Armut bekämpfen und Menschen vor Hungersnöten bewahren mit Methoden, die wir nicht gutheißen können.

Das Bild von Kofi Annan mit den Säulen sagt implizit: Allein trägt keine der drei Säulen, auch nicht die der Menschenrechte.

Ich bin überzeugt, in Zukunft wird es um eine neue Art der Komplementarität von Sicherheit, Wirtschaft und Menschenrechten gehen. Diese Komplementarität ist mehr als ein Sowohl-als-auch oder ein Entweder-oder. *Was* es sein wird, hängt wesentlich von den Akteuren ab. Politik bleibt spannend. Kein Ende in Sicht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.